

Die "Asylfrage" lässt sich nicht "lösen"

Autor(en): **Kunz, Thomas / Stocker, Monika**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **106 (2012)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390328>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Asyldebatte verschärft sich wieder. Die Migration aus den nordafrikanischen Ländern scheint noch einmal zusätzlich Ängste und (Vor-)Urteile deutlich zu machen. Dr. Thomas Kunz ist Direktor der AÖZ (Asyl-Organisation Zürich), einer öffentlich rechtlichen Fachinstitution, die seit Jahren Erfahrung hat in der kompetenten und professionellen Asylbetreuung in der Stadt Zürich und darüber hinaus. Monika Stocker fragte nach, was es mit der besonderen Aufregung heute auf sich hat.

Thomas Kunz und
Monika Stocker

Die «Asylfrage» lässt sich nicht «lösen»

1. Die Zahlen der Asylsuchenden steigen – dramatisch sagen die einen, andere vergleichen sie mit den neunziger Jahren und finden sie den Erwartungen gemäss. Wie schätzen Sie die heutige Situation ein, was ist «neu», «anders» und welche Herausforderungen stellen sich besonders?

Dramatisch sind die Ereignisse in den Maghrebstaaten. Sie haben zu einem Anstieg der Asylzahlen in der Schweiz geführt, der zu erwarten war. Damit sind erst einmal die gleichen Herausforderungen verbunden, wie sie sich immer stellen, wenn die Zahl der Asylsuchenden zunimmt: Es braucht genügend Unterkünfte, und es braucht personelle Kapazitäten, um die höhere Anzahl an Asylverfahren in nützlicher Frist zu bewältigen. Das ist heute ein Problem, weil die Kapazitäten in den letzten Jahren (zu stark) reduziert worden sind. Einen schwereren Stand hat – scheint es mir – die Errungenschaft des Schutzgewährens für Verfolgte. Was als humanitäre Tradition bis vor wenigen Jahren unbestritten war, wird zusehends überlagert von der Diskussion um sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge. Dies hat zwar einen realen Hintergrund, wenn ein paar Tausend Personen aus Nordafrika ein Asylgesuch stellen ohne Chance auf Anerkennung als Flüchtling. Die hier zelebrierte Empörung ist aber nicht mehr verhältnismässig und sogar disfunktional, wenn es darum geht, mit dieser Situation pragmatisch und lösungsorientiert umzugehen.

2. Reaktionen aus der Gemeinde Bettwil, Asylsuchende, die keinen Platz mehr haben in den Auffangzentren und «draussen» schlafen müssen, parlamentarische Vorschläge, wie das Trennen der Rechte auf Aufenthalt von Frauen und Kindern von vorläufig Aufgenommenen... Schlagzeilen jagen sich. Was ist «anders als früher», hat sich die Stimmung in der Bevölkerung tatsächlich verändert?

Das politische Klima ist in den letzten Jahren rauer geworden. Oft wird das Asylthema nur noch reduziert auf Missbrauch und Kriminalität wahrgenommen, nachdem es jahrelang und systematisch von gewissen Kreisen in diese Richtung «bewirtschaftet» worden ist. So ist die Forderung salonfähig geworden, Asylsuchende seien abgeschieden und separiert von der übrigen Bevölkerung unterzubringen, was letztlich nichts anderes bedeutet, als der Apartheid das Wort zu reden. Allerdings muss ich eingestehen, dass St. Florian bei der Suche nach Asylunterkünften schon immer hoch im Kurs war. Nicht erst seit Bettwil werden allorts mehr oder weniger einleuchtende Gründe ins Feld geführt, weshalb es gerade hier besonders ungünstig sei, Asylsuchende wohnen zu lassen.

3. Die Unterbringung von Asylsuchenden ist seit Jahren geregelt; in der ersten Zeit

in den Auffangzentren des Bundes, dann die Verteilung auf die Kantone, schliesslich auf die Gemeinden. Was hat sich dabei bewährt, was macht heute am meisten «Aufruhr»? Gibt es vernünftige Alternativen? Wie könnten diese aussehen?

Grundsätzlich hat es sich bewährt, dass alle drei staatlichen Ebenen im Asylbereich ihren Beitrag leisten. Unbefriedigend ist, dass die Verfahren oftmals sehr lange dauern und dass viele, die einen Nichteintretens- oder einen negativen Asylentscheid erhalten, die Schweiz nicht verlassen und zum Teil sehr lange in Nothilfestrukturen verbleiben. Diese sind dafür nicht vorgesehen und auch nicht geeignet. Die aktuellen Bestrebungen von Bundesrätin Simonetta Sommaruga, zu rascheren aber gleichwohl seriösen (Ausbau der Rechtsberatung) Asylentscheiden zu kommen, zeigen sicher in die richtige Richtung. Sinnvoll ist zudem die verstärkte Zusammenarbeit mit andern Staaten, weil die Schweiz ja keine isolierte Insel, sondern Teil einer globalisierten Welt ist: Sei dies innerhalb von Europa – auch wenn die Ausgestaltung des Dublin-Abkommen wohl noch nicht der

Weisheit letzter Schluss ist – oder mit Migrationspartnerschaften und Rückübernahmeabkommen mit Herkunftsstaaten. Aber wir sollten uns nichts vormachen: Die «Asylfrage» lässt sich nicht «lösen». Es geht vielmehr darum, auf den verschiedensten Ebenen einen vernünftigen Umgang mit der Tatsache zu finden, dass Menschen aus unterschiedlichen Gründen Schutz, eine (neue) Perspektive und eine Zukunft in der Schweiz suchen. Und in jedem Einzelfall muss ein Entscheid gefällt werden, ob jemand hier bleiben kann oder nicht. Zukunftsweisend scheinen mir Projekte, die Perspektiven im Herkunftsland ermöglichen, am besten, bevor sich Menschen dubiosen Schleppern ausliefern und unter Lebensgefahr versuchen, nach Europa zu gelangen. Denkbar, aber in den nächsten Jahren sicher utopisch, wäre ein weltweit organisiertes System, das die einzelnen Staaten davon entbinden würde, im Einzelfall über die Flüchtlingseigenschaft zu entscheiden und dies beispielsweise dem UNHCR übertragen würde. Das wäre die konsequente Weiterentwicklung eines Systems der Flüchtlingskontingente.

thomas.kunz@aoz.ch



Wären nicht ab und zu Kinder dabei, wäre die Abschiebepaxis wohl oft noch inhumaner (Bild Archiv NW).